

DS-Nr.: 169/2005

EINGEGANGEN 09. NOV 2005

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP für die Sitzung des Kreistages
am 09.11.2005**

„Schließung des Amtsgerichts in Schwedt“

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen Planungen und Entwürfe im Justizministerium des Landes Brandenburg, die vorsehen, in jedem brandenburgischen Landkreis nur noch ein Amtsgericht in der Kreisstadt zu betreiben. Er fordert die Landesregierung auf, Ausnahmen für sehr große Landkreise vorzusehen und damit einen Erhalt des Amtsgerichts Schwedt zu ermöglichen.

Gründe:

Der Landkreis Uckermark ist der flächenmäßig größte Kreis der Bundesrepublik. Es würde eine erhebliche Benachteiligung seiner Bürger bedeuten, wenn nur ein Amtsgericht dem Bürger zur Verfügung stünde. Anfahrsstrecken von bis zu mehr als 50 km wären für sozial schwache Bürger kaum noch tragbar. Hinzu kommt, dass der Südkreis zum Landgerichtsbezirk Frankfurt/Oder, der Nordkreis aber zum Landgerichtsbezirk Neuruppin gehört. Die gewachsenen Instanzstrukturen des Südkreises würden damit unwiderruflich gekappt.

Für die FDP Fraktion

gez. Andreas Brandt